

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

Berichte aus dem Ausland
5 / 2010

POLITISCHER BERICHT aus der Russischen Föderation

15. März 2010

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau



Die Ukraine als „Brücke“ zwischen Brüssel und Moskau

- Perspektiven der russisch-ukrainischen Beziehungen nach der Präsidentenwahl-

Der neue ukrainische Staatspräsident heißt Viktor Janukowitsch, stammt aus dem Osten der Ukraine und wird in den Medien als pro-russisch bezeichnet – ganz im Gegensatz zu seiner stärksten Widersacherin, der als westlich orientiert geltenden Julia Timoschenko. Damit scheint auf den ersten Blick in Bezug auf das zukünftige Verhältnis zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine alles klar zu sein: Kiew nähert sich Moskau an und entfernt sich gleichzeitig von der EU und der NATO als klassisch westlichen Organisationen. Diese Auffassung wird der komplexen Situation jedoch nicht gerecht. Obwohl sich Janukowitsch und sein russischer Kollege Dmitri Medwedew vor kurzem beim Antrittsbesuch des Ukrainers an der Moskwa gut verstanden und die „schwarze Periode“ der letzten fünf Jahre im bilateralen Verhältnis für beendet erklärten, wird die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Moskau und Kiew aufgrund jeweils eigener Interessen der beiden unabhängigen Staaten auch zukünftig nicht ganz frei von Spannungen bleiben.

1. Knappe Mehrheitsverhältnisse als außenpolitischer Faktor

Der knappe Wahlausgang mit einem Unterschied von nur 3,5 Prozentpunkten dürfte sich auch auf die Außenpolitik des neuen Präsidenten Janukowitsch auswirken, weil die Stellung der Ukraine im Spannungsfeld zwischen Russland und Europa einen der Hauptstreitpunkte zwischen Janukowitsch und der westlich orientierten Opposition mit Ex-Ministerpräsidentin und Präsidentschaftskandidatin Julija Tymoschenko darstellte. Schon der Blick auf die Wahlstatistik der Präsidentenwahl zeigt, dass die Ukraine nach wie vor geteilt ist: Während der Westen – auch mit Blick auf die außenpolitische Ausrichtung der Kandidaten – ganz überwiegend für Timoschenko stimmte, bevorzugte der russischsprachige Osten und Süden Janukowitsch. Timoschenko beschuldigt Janukowitsch bis heute gebetsmühlenartig, dass er den unter Juschtschenko eingeschlagenen Westkurs der Ukraine stoppen und den Ausverkauf ukrainischer Interessen an Russland betreiben wolle. Sie vertritt damit die Auffassung einer großen Bevölkerungsgruppe, die insbesondere im westlichen Landesteil lebt. Andererseits ist Russland der wichtigste Wirtschaftspartner der Ukraine und in der Ostukraine wird vielerorts ausschließlich für den Export nach Russland produziert. Gelingt es dem neuen ukrainischen Präsidenten nicht, seine

politischen Leitlinien geschickt zwischen einer EU-Anbindung und gleichzeitig engen Beziehungen mit Russland auszubalancieren, könnte dies schnell zu innenpolitischen Verwerfungen bis hinein in die Partei der Regionen von Janukowitsch führen. Der reichste Mann der Ukraine und größte Förderer dieser Partei, der Stahl- und Kohlemagnat Rinat Akhmetov, hat kein Interesse am Aufbau neuer Handelsbarrieren – weder gegenüber der EU noch gegenüber Russland. Während in den EU-Staaten zahlreiche seiner zahlungskräftigen Geschäftspartner ansässig sind, ist für ihn Russland als Gaslieferant für die energieintensive Stahlerzeugung von überragender Bedeutung.

So bleibt vorerst offen, ob die von Präsident Janukowitsch der russischen Seite gegebenen und vom Kreml als bedeutend eingestuft mündlichen Zusagen tatsächlich zu den von Moskau gewünschten Änderungen führen werden. Dies gilt zum einen für die Frage, ob Kiew das Russische als die zweite Amtssprache neben dem Ukrainischen einführen wird. Während dies Janukowitsch noch Anfang September 2009 befürwortete und seine Absicht im Wahlprogramm dokumentierte, rückte er zwischenzeitlich davon ab. Er will nun der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine im Einklang mit der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitssprachen die Möglichkeit einräumen, ihre Muttersprache bei offiziellen Anlässen wie zum Beispiel bei Behördengängen zu verwenden. Zum anderen sagte er bei seinem Antrittsbesuch an der Moskwa zu, die kurz vor der Präsidentenwahl durch seinen Vorgänger Viktor Juschtschenko erfolgte Ernennung des umstrittenen, in den 1930er- und 1940er-Jahren gegen die Sowjetunion agierenden ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera zum Nationalhelden überprüfen zu lassen. Mit Blick auf den bereits skizzierten knappen Wahlausgang und darauf, dass die feierliche Ernennungszereemonie viele Ukrainer sehr bewegt hatte, ist tendenziell nicht davon auszugehen, dass der neue ukrainische Präsident nun eilig nach der Vorstellung Moskaus eine Annullierung der Entscheidung seines Vorgängers anstrebt. Zumindest nach außen hin kann dadurch Präsident Janukowitsch gegenüber seinen Kritikern innerhalb der Ukraine seine Unabhängigkeit vom Kreml unter Beweis stellen. Dies könnte auch den positiven Effekt haben, dass die in Russland bis heute weit verbreiteten nostalgischen Erinnerungen an die einstige zaristische und sowjetische Weltmacht erheblich relativiert würden, und man so die Unabhängigkeit der ehemaligen Provinz und Teilrepublik Ukraine zu akzeptieren begänne.

2. Blockfreiheit der Ukraine

Im Hinblick auf die zukünftige sicherheitspolitische Orientierung der Ukraine kommt es sicherlich mit Janukowitsch als Staatspräsident zu einer Entspannung zwischen Kiew und dem Kreml, der vor wenigen Wochen das Heranrücken der NATO an das russische Staatsgebiet im Rahmen seiner neuen Militärdoktrin als Gefahr für die nationale Sicherheit eingestuft hat. Der von Juschtschenko eingeschlagene Kurs in Richtung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wird nicht fortgesetzt. Janukowitsch bezeichnet in seinem Wahlprogramm die Beibehaltung des blockfreien Status als ein „Schlüsselement für die nationale Sicherheit, der internationalen Einfluss und Autorität ermöglicht“. Bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel, zugleich der ersten Auslandsreise, verzichtete Janukowitsch auf einen symbolträchtigen Besuch im NATO-Hauptquartier, unterstrich im Gespräch mit dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso jedoch gleichzeitig, dass die Ukraine die Beziehungen zur NATO nicht abbrechen werde. Die Ukraine werde alle früher abgeschlossenen Vereinbarungen einhalten und das Partnerschaftsprogramm mit der NATO fortführen. Die bisherige Blockfreiheit bleibe erhalten. Gegenüber Medwedew versicherte Janukowitsch in Moskau, dass die Idee eines Beitritts der Ukraine zur NATO für die neue Staatsspitze keine Aktualität besitze. Diese Blockfreiheit hat auch zur Folge, dass sich Kiew dem von russischer Seite inspirierten Vertrag über die kollektive Sicherheit nicht anschließen dürfte. Bereits die Diskussion über einen solchen Vertragsbeitritt würde in der Ukraine antirussische Vorbehalte fördern, denn insbesondere in der Westukraine lehnt man eine russische Dominanz über die GUS kategorisch ab. Nicht zuletzt deshalb ging Janukowitsch bei seinem Antrittsbesuch in der russischen Hauptstadt nicht auf den Vorschlag von Premierminister Wladimir Putin ein, den Beitritt der Ukraine zur russisch-kasachisch-weißrussischen Zollunion zu diskutieren.

3. Schwarzmeerflotte als brisantes Streitthema

Mit Janukowitsch als Präsident ergeben sich für die Russische Föderation bessere Aussichten auf einen Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol / Krim nach dem Auslaufen des Stationierungsvertrags im Jahr 2017. Unter seinem Vorgänger Juschtschenko war die ukrainische Position eindeutig: Keine Verlängerung der Flottenstationierung! In seinem Wahlprogramm hatte sich Janukowitsch zum Schicksal der russischen Schwarzmeerflotte nach 2017 nicht geäußert. Allerdings wurde bei seinem Antrittsbesuch in Moskau deutlich, dass er bereit ist, die Verhandlungen über den längeren Verbleib der Flotte auf der Krim trotz kontroverser Standpunkte in der Ukraine fortzuführen. Er

werde die Suche nach einer Lösung unterstützen, die „sowohl der Ukraine als auch Russland passe“. Für den Kreml kommt dem Hafen Sewastopol mit seiner zentralen Lage an der Nordküste des Schwarzen Meeres eine überragende strategische Bedeutung zu, selbst wenn der russische Stützpunkt Noworossijsk zunehmend ausgebaut wird. Das Schicksal der Schwarzmeerflotte auf der Krim birgt deshalb große politische Brisanz. Darüber hinaus stellt die russische Schwarzmeerflotte einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor für die Krim dar, auf der eine hohe Arbeitslosigkeit für Unruhepotential sorgt. Die Ukraine wird daher unter der neuen Führung einen pragmatischen Ansatz verfolgen, um so ihre substantiellen finanziellen und ökonomischen Interessen zu wahren. Vor allem ist man derzeit mit der als viel zu gering empfundenen jährlichen Pacht von 97 Millionen Dollar unzufrieden. Irritationen in Moskau verursachte die Äußerung eines ukrainischen Abgeordneten, die Stationierung eines weiteren ausländischen Flottenverbandes auf die Krim zu erwägen, wozu die Verfassung geändert werden müsste. Man kann vermuten, dass dieses Szenario ins Spiel gebracht wird, um die Position der Ukraine bei den zukünftigen Pachtverhandlungen mit Russland zu stärken.

4. Verbesserung der Versorgungssicherheit für Europa im Gasgeschäft

Bereits vor mehreren Jahren fassten die EU, Russland und die Ukraine ins Auge, den Transport von russischem Gas durch das ukrainische Leitungsnetz einem gemeinsamen Konsortium zu unterstellen. Derzeit sind die Gespräche auf Eis gelegt. Da Janukowitsch sich bereits kurz nach der Wahl für eine derartige Zusammenarbeit ausgesprochen hat, ist mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zu rechnen. Die russische Seite würde es vorziehen, nicht mit der EU insgesamt, sondern mit Frankreich, Italien und Deutschland im Rahmen einer aus fünf Partnern bestehenden Gesellschaft zu kooperieren. Von entscheidender Bedeutung bleibt stets die Frage, ob seitens der Ukraine die Bereitschaft zur Abgabe von Souveränitätsrechten über das Röhrennetz besteht und wie man dieses Faustpfand gegenüber Russland als Verhandlungsgewicht in die Waagschale werfen kann. Während für Kiew in den nächsten zwei Jahren mit der Fertigstellung der Nordsee-Pipeline der Wettbewerbsdruck im Transitgeschäft steigt, erhöht sich für Europa die Versorgungssicherheit. Zudem benötigt Kiew für die Modernisierung des Leitungsnetzes zügig sowohl ausländische Technik als auch Kapital. Schon heute sinkt die Transitzkapazität permanent aufgrund des veralteten Röhrensystems. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass weder der Ukraine noch Russland an einer neuerlichen Eskalation gelegen sein kann, weil

sich beide Länder durch die Transitzkrise 2009 einen fundamentalen internationalen Vertrauensverlust eingehandelt haben.

5. Zusammenfassung

Für die Russische Föderation verkörpert die Ukraine neben Kasachstan das wichtigste Partnerland im postsowjetischen Raum, wobei es nicht nur um politischen und wirtschaftlichen Einfluss, sondern auch um die gesamte Bandbreite der Außenbeziehungen geht. Der neue ukrainische Präsident Janukowitsch präsentierte sich im Wahlkampf eher russlandfreundlich und erhielt großzügige finanzielle Unterstützung von russlandnahen Kreisen. Um den knappen Mehrheitsverhältnissen in der ukrainischen Politik gerecht zu werden, muss Janukowitsch zeigen, dass er nicht nach dem Diktat des Kremls handelt. Die politische Teilung der Ukraine im Inneren hat großen Einfluss auf die Außenpolitik. Janukowitsch wird der Mittellage seines Landes zwischen der EU einerseits und Russland andererseits mit einem pragmatischen Ansatz begegnen. In Moskau muss man sich davon verabschieden, dass es sich bei der Ukraine nur um eine Provinz Russlands handelt. Unter diesen Prämissen verkörpert die Wahl von Wiktor Janukowitsch die Chance zu einem echten Neustart in den bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Kiew.

Dr. Markus Ehm ist Leiter der HSS-Verbindungsstelle Moskau.

IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2010, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: 089/1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: 089 1258-202 oder -204 Fax: 089 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten.
Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.
Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.